



Kamerun 2025

Republik Kamerun

Im Zusammenhang mit den Präsidentschaftswahlen waren das Recht auf Vereinigungsfreiheit und das Recht auf Versammlungsfreiheit bedroht. Sicherheitskräfte gingen mit unverhältnismäßiger Gewalt gegen Demonstrierende vor und töteten dabei mindestens 48 Menschen. Politische Aktivist*innen waren weiterhin willkürlichen Festnahmen und Inhaftierungen ausgesetzt. Der Prozess gegen 17 Personen, die seit Januar 2023 im Zusammenhang mit der Ermordung des Journalisten Martinez Zogo vor Gericht standen, wurde wieder aufgenommen. In der Region Extrême-Nord verübte Boko Haram nach wie vor rechtswidrige Tötungen, während die Bevölkerung in den Regionen North-West und South-West weiterhin unter Übergriffen separatistischer Gruppen litt. Der Zugang zu Gesundheitsversorgung und Bildung war durch die unsichere Lage und Kürzungen der US-Auslandshilfe gefährdet. Der Einsatz von Quecksilber im Goldbergbau verletzte die Menschenrechte der Bevölkerung.

Hintergrund

In den anglophonen Regionen kam es weiterhin zu gewaltsamen Zusammenstößen zwischen Regierungstruppen und bewaffneten separatistischen Gruppen. Dies, sowie Zusammenstöße zwischen Bauern und Viehzüchtern in der Region North-West, führten zur Vertreibung von fast einer Million Menschen im eigenen Land.

Im August beendete die Trump-Regierung den vorübergehenden Schutzstatus für Kamerun. Das hatte zur Folge, dass mehr als 5.000 kamerunische Asylsuchende in den USA von Abschiebung bedroht waren.

Offizielle Statistiken schätzten die Inflationsrate Ende Juni auf 4,1 Prozent. Obwohl sie seit 2024 zurückgegangen war, lag sie für die meisten Haushalte weiterhin über der Toleranzschwelle.

Nach 43 Jahren im Amt wurde Paul Biya im Oktober erneut zum Sieger der Präsidentschaftswahlen erklärt.

Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit

Im Januar wurde die Rechtsanwältin Alice Nkom, Vorstandsvorsitzende des Netzwerks der Menschenrechtsverteidiger*innen Zentralafrikas (REDHAC), vom Präfekten des Departements Wouri und der nationalen Gendarmerie zu einer „Untersuchung“ vorgeladen.^[1] Zuvor hatten die Behörden im Dezember 2024 die Aktivitäten von REDHAC und drei weiteren zivilgesellschaftlichen Organisationen vorübergehend untersagt. Im Januar wurden Alice Nkom und die Direktorin von REDHAC, Maximilienne Ngo Mbe, wegen mehrerer Straftaten angeklagt, darunter die „Verletzung von Siegeln“ (die zuvor von den Behörden an den Türen der REDHAC-Büros angebracht worden waren), „Rebellion“,



„Nichterscheinen vor Gericht“ und „Terrorismusfinanzierung“. Der Prozess begann im April, wurde jedoch mehrmals vertagt.

Die Regierung verbot mehrere politische Versammlungen und Aktivitäten und verhaftete im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen Anhänger*innen der Opposition. Im September warnte das UN-Hochkommissariat für Menschenrechte (OHCHR) vor zunehmenden Einschränkungen der Aktivitäten oppositioneller politischer Parteien.

Willkürliche Festnahmen und Inhaftierungen

Elf von 500 Personen, die 2020 wegen der Teilnahme an friedlichen Protesten der oppositionellen Partei *Cameroon Renaissance Movement* (MRC) willkürlich festgenommen worden waren, befanden sich weiterhin in Haft.

Im April wurde Abdu Karim Ali, ein seit 2022 inhaftierter Friedensaktivist, zu lebenslanger Haft verurteilt. [2] Er war festgenommen worden, weil er Folter angeprangert hatte, die der Anführer einer regierungsnahen Miliz in der Region South-West begangen und online übertragen hatte.

Im August wurden in der Hauptstadt Jaunde mehr als 50 Personen festgenommen, darunter Anhänger des Parteichefs der MRC, Maurice Kamto. Sie hatten sich vor dem Verfassungsrat versammelt, vor dem Berufungsverfahren zur Validierung von Präsidentschaftskandidaturen verhandelt wurden. Wochen später wurden die Festgenommenen wieder auf freien Fuß gesetzt, mussten sich jedoch wegen Störung der öffentlichen Ordnung, widerrechtlicher Versammlung, Rebellion und Anstiftung zur Revolte verantworten.

Die monatlichen Berichte des Amts der Vereinten Nationen für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten (OCHA) wiesen im Zusammenhang mit Zusammenstößen zwischen Regierungstruppen und bewaffneten separatistischen Gruppen regelmäßig auf willkürliche Festnahmen von Menschen in den Regionen North-West und South-West hin (siehe unten).

Rechtswidrige Gewaltanwendung

Im März riefen Mitglieder der kamerunischen Anwaltskammer zu einem landesweiten Protest und einem dreitägigen landesweiten Streik auf. Der Aufruf war eine Reaktion auf Videos in den Sozialen Medien, die zeigten, wie die Polizei „Gewalt und andere erniedrigende und unmenschliche Handlungen“ gegen mindestens zwei Anwält*innen und andere Bürger*innen ausübte.

Im Oktober kam es in mehreren Städten zu Protesten gegen die Wiederwahl des Präsidenten. Friedliche Proteste eskalierten „Cameroon: Authorities must stop harassment of human rights defender Alice Nkom and attacks on civil society organizations“, 9 January

, als Sicherheitskräfte mit exzessiver und unnötiger Gewaltanwendung reagierten, um die Demonstrationen aufzulösen. Die Nachrichtenagentur Reuters berichtete unter Berufung auf UN-Quellen, dass dabei mindestens 48 Menschen getötet wurden. Denselben Quellen zufolge starben drei Gendarmen bei Protesten in Douala. Hunderte von Demonstrierenden wurden festgenommen, darunter Oppositionsführer*innen, Aktivist*innen und Anhänger*innen oppositioneller politischer Parteien. Das OHCHR forderte die Behörden nachdrücklich auf, „eine rasche, unparteiische und wirksame



Untersuchung aller Fälle von Gewalt sicherzustellen, die im Zusammenhang mit der Wahl standen, einschließlich der Ausübung unnötiger oder unverhältnismäßiger Gewalt, und die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen.“

Recht auf Wahrheit, Gerechtigkeit und Wiedergutmachung

Im September wurde in Jaunde der Prozess wegen der Entführung und Ermordung des Radiojournalisten Martinez Zogo im Jahr 2023 wieder aufgenommen. Zogo wurde während der Produktion von Sendungen getötet, in denen er Korruption anprangerte. Der Prozess war zum Jahresende noch nicht abgeschlossen.

Übergriffe durch bewaffnete Gruppen

Region Extrême-Nord

Im Februar griffen mutmaßliche Mitglieder von Boko Haram mehrere Gemeinden im Bezirk Kolofata an der Grenze zu Nigeria an. Medienberichten zufolge entführten sie Einwohner*innen, darunter auch Kinder, plünderten Häuser, stahlen und töteten Vieh und steckten ein Dorf in Brand. Mindestens drei Menschen kamen bei den Angriffen ums Leben. Im September bekannte sich Boko Haram zu einem Angriff im Departement Mayo-Moskota, bei dem laut einer lokalen Zeitung fünf Menschen starben und 11 verletzt wurden.

Wiederholte Angriffe von Boko Haram führten zu Beeinträchtigungen der Gesundheitsversorgung in den betroffenen Gebieten. Laut dem Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen fürchteten dort Patient*innen und Gesundheitspersonal um ihre Sicherheit.

Regionen North-West und South-West

Separatist*innen bekannten sich zu mehreren Angriffen in den anglophonen Regionen North-West und South-West. Erklärungen der UN zufolge war die Bevölkerung weiterhin Opfer gezielter Tötungen, häufiger Geiselnahmen, der Erhebung illegaler Steuern, von Straßensperren, Erpressungen, Einschränkungen der Bewegungsfreiheit und des Einsatzes von improvisierten Sprengsätzen, auch an öffentlichen Plätzen und entlang wichtiger Straßen.

OCHA berichtete im Juni von zahlreichen Angriffen bewaffneter separatistischer Gruppen auf Lehrer*innen, Schüler*innen und deren Eltern, um sie an der Durchführung und Vorbereitung von Prüfungen zu hindern.

Wirtschaftliche und soziale Rechte

Die Kürzungen der Auslandshilfe durch US-Präsident Trump im Januar wirkten sich negativ auf den Zugang zu grundlegenden Gesundheitsdiensten aus, insbesondere in Regionen, die von Unsicherheit oder bewaffneten Konflikten in Extrême-Nord betroffen waren. Über die Malaria-Initiative des US-Präsidenten (PMI) wurden bis Januar 50 Prozent aller Gesundheitshelfer in Extrême-Nord



finanziert. Fast die Hälfte von ihnen waren laut Reuters im Oktober aufgrund der Kürzung der PMI-Mittel nicht mehr im Einsatz.

Laut UNICEF wurden in den Regionen North-West und South-West im Jahr 2025 14.829 Schulen geschlossen, verglichen mit 14.364 im Jahr 2024. Das beeinträchtigte die Bildung von mehr als 3 Millionen Kindern und erhöhte das Risiko der Rekrutierung von Kindern durch nichtstaatliche bewaffnete Gruppen. Nur 41 Prozent der Kinder hatten Zugang zu Vorschulbildung. Insbesondere Kinder in ländlichen Gebieten waren hiervon betroffen.

Recht auf eine gesunde Umwelt

Im Mai forderten UN-Expertinnen und Experten die Regierung nachdrücklich auf, Maßnahmen zu ergreifen, um Umwelt- und Menschenrechtsverletzungen im Zusammenhang mit der Verwendung von Quecksilber im Goldbergbau, zu bekämpfen, einschließlich der Verwendung durch staatliche Unternehmen. Die Expert*innen stellten fest, dass der Einsatz von Quecksilber eine Reihe von Menschenrechten erheblich gefährde, unter anderem das Recht auf eine saubere, gesunde und nachhaltige Umwelt, frei von giftigen Substanzen, das Recht auf sauberes Trinkwasser und das Recht auf Leben.

[1] ["Cameroon: Authorities must stop harassment of human rights defender Alice Nkom and attacks on civil society organizations", 9 January](#)

[2] ["Cameroon: Deplorable life sentence handed to peace activist an 'affront to justice'", 15 May](#)